

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

DIE LINKE. Gelsenkirchen wird die hier vorliegende Resolution nicht mittragen.

Auch wir sehen - das haben wir in Stellungnahmen in der Presse deutlich gemacht – Fahrverbote, wie sie hier vorgesehen sind, kritisch. Nicht nur dass es durch diese Fahrverbote zu Ausweichverkehren und damit möglicherweise zu einem erhöhten Schadstoffausstoß kommen wird, sondern auch die Tatsache, dass hier wieder der Normalbürger das ausbaden darf, was die Industrie unter Beihilfe der Politik angerührt hat, sehen wir kritisch.

Wir weisen klar und eindeutig darauf hin, dass das Verwaltungsgericht nur nach Recht und Gesetz entschieden hat. Prof. Remo Klinger hat in der Anhörung des Umweltausschusses zur Änderung des Bundesimmissionsschutzgesetzes darauf hingewiesen, dass die herrschende Rechtsprechung verlangt, dass die Verwaltungen alle Maßnahmen treffen, die zu einer schnellstmöglichen Einhaltung der europäischen Grenzwerte führen. Fahrverbote gehören dazu. Weder Verwaltung noch Gerichte können daher ihre Praxis ändern. Dieses Gesetz ist daher rein symbolisch und derartige symbolische Gesetze sind verfassungswidrig.

Offensichtlich will die Bundesregierung damit möglichen Käufern die Angst nehmen, dass sie heute einen neuen Diesel kaufen und wieder

betrogen werden, weil sie dann morgen mit diesen neuen Autos nicht in die Städte einfahren können. Scheuer hat einen symbolischen Erfolg, weil in einem Gesetz steht, es sei unverhältnismäßig, bis 50 Mikrogramm Fahrverbote zu verhängen. Aber in der Praxis wird das keine Rolle spielen.

Darüber hinaus finden wir es infam, dass besonders aus Kreisen der CDU hier mit dem Finger auf die Umwelthilfe gezeigt wird und man gezielt versucht, **die** Organisation in Misskredit zu bringen, die nur das getan hat wofür die Politik zuständig gewesen wäre, nämlich, Schaden von der deutschen Bevölkerung abzuwenden. Schließlich reden wir hier von ca. 40.000 Toten jährlich durch Stickoxide. Es ist schon skandalös, dass man jetzt sogar ernsthaft ins Gespräch bringt, der Umwelthilfe die Gemeinnützigkeit abzuerkennen. Ein Vorgehen, das man schon bei attac durchexerziert hat. Zu kritisch dürfen Organisationen nicht sein, sonst dreht man ihnen finanziell den Hahn zu. Das ist die alte Methode: man schreit: „Haltet den Dieb!“, um vom eigenen Fehlverhalten und Versagen abzulenken.

Wir werden diese windelweich gespülte Wohlfühl-Wellness Resolution, die niemandem wehtut aber vor allen Dingen deswegen ablehnen, weil sie in keiner Weise die konkret Schuldigen an der Situation benennt.

Und diese sind klar zu benennen:

Es sind die Automobilkonzerne, die seit Jahren die eigenen Kunden und den deutschen Steuerzahler in einem Umfang, der sich auf mehrere Milliarden summiert, betrogen haben. Die mit krimineller Energie betrügerische Software entwickelt haben, anstatt anständig ihre Arbeit zu machen und Autos zu bauen, die die Grenzwerte nicht nur unter Laborbedingungen einhalten sondern auch in der Realität. Auch Subventionen im dreistelligen Millionenbereich haben diese Leute eingeheimst für die Entwicklung sauberer Motoren. Stattdessen schielte man lieber auf das nächste Quartalsergebnis, weil davon die Managerboni abhängen und baute munter weiter Dreckschleudern, die die Gesundheit der Menschen gefährdeten.

Der Gipfel der Unverfrorenheit aber ist, dass diese Leute jetzt damit hausieren gehen, dass der Bürger ja nun die Möglichkeit hätte, sich neue Wagen anzuschaffen. Diese sollen jetzt angeblich die Grenzwerte einhalten und außerdem gebe es dafür ja jetzt auch hübsche Rabatte. Das kann man nur noch mit dem schönen jiddischen Wort Schuzpe bezeichnen.

Derjenige, der seit Jahren betrügt, möchte jetzt daraus auch noch ein hübsches Geschäft machen. Man bietet Rabatte an - na wie süß! Ich denke deutschen Kunden wäre es lieber, sie würden einen gesetzlich

geregelten Schadensersatz erhalten für ihre Autos, die einen ungeheuren Wertverlust erfahren haben.

Man sollte erwarten, dass gezahlte Subventionen zurückgefordert werden. Und man sollte den Konzernen eine anständige Strafzahlung auferlegen. Wer jahrelang mit überteuerten Dreckschleudern die Umwelt verpestet, muss für den Schaden, den die Bevölkerung dadurch an ihrer Gesundheit erleidet, aufkommen. Jeder kleine Umweltsünder, der auch nur ein Kaugummi oder eine Zigarettenkippe unbedacht entsorgt, wird schärfer angegangen. Aber die Autokonzerne scheinen in unserem Land Narrenfreiheit zu genießen. Volkswagen, BMW und Mercedes sind sakrosankt.

Schlimmer noch als das Verhalten der Autoindustrie ist allerdings das komplette Versagen der Politik, deren Verhalten an Beihilfe grenzt. Die Komplizenschaft lässt man sich gut honorieren. Die großen Parteien werden alle regelmäßig mit Parteispenden und Sponsoring bedacht. Da fällt es schwer mehr als ein "Du! Du! Du!" zustande zu bringen.

Der neueste Dreh: die Grenzwerte werden heraufgesetzt. Bis 50 Mikrogramm darf jetzt weiter die Gesundheit der Anwohner geschädigt werden. Diese Regelung ist ein weiterer Beweis der massiven Lobbyisteneinflüsse in der EU.

Im Zweifel geht Profit vor Gesundheit.

Da machen wir nicht mit.

Gelsenkirchen, 14. Februar 2019

Martin Gatzemeier, Ratsfraktion DIE LINKE

Es gilt das gesprochene Wort.